

Wahlprüfsteine der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände

Fortführung des Familienfördergesetzes (FamFöG)

- *Wollen Sie den im Gesetz mit ersten Schritten eingeschlagenen Weg einer Politik für Familien fortsetzen? Welche Akzente setzen Sie dabei?*
- *Setzen Sie sich dafür ein, dass die im Gesetz genannten Förderbereiche (z.B. Bildungsangebote für Familien und Familienerholung sowie die Ehe-, Lebens-, Familien und Erziehungsberatungsstellen) eine auskömmliche Förderung erhalten?*
- *Wie schätzen Sie darüber hinaus den Bedarf an Förderung der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen ein?*
- *Treten Sie für eine schnelle und umfassend wirkende Etablierung einer Familienverträglichkeitsprüfung aller Gesetze, Verordnungen und Erlasse des Landes ein?*

Wir wollen, dass in unserem Land wieder mehr Kinder geboren werden. Eine Familie zu gründen, Kinder zu bekommen und später dann auch Enkel – das ist und bleibt für die meisten Menschen die entscheidende Grundlage für Lebenszufriedenheit. Zugleich können allein Kinder und Familien den Fortbestand unserer Gesellschaft garantieren. Ein Land ohne Kinder ist in jeder Hinsicht ein Land ohne Zukunft – sozial, wirtschaftlich und kulturell. Nur eine kinderfreundliche Gesellschaft kann eine dynamische und eine wachstumsstarke Gesellschaft sein. Deshalb braucht Deutschland eine Familienpolitik, die es jungen Frauen und Männern leichter macht, ihre Kinderwünsche zu erfüllen ohne dabei ihre beruflichen Wünsche und Perspektiven zu gefährden.

Genauso wichtig ist es aber auch, dass wir kein einziges Kind auf seinem Entwicklungsweg zurücklassen. Alle Kinder haben dasselbe Recht auf gute Betreuung und Bildung von Anfang an! Ob es gelingt, massiv und zielgenau in Kinder, in Familien und in Bildung zu investieren, ist eine fundamentale Frage der gerechten Verteilung von Lebenschancen und der Zukunft unseres Landes im 21. Jahrhundert.

Mit dem Familienfördergesetz wurde ein erster Schritt getan. Mehrere Paragraphen benennen allerdings nur bereits geltende Regelungen. Der formulierte Haushaltsvorbehalt gibt zudem weder den Familien noch den Verbänden eine ausreichende Sicherheit, die notwendig ist, um die formulierten Ziele zu erreichen. Dem gestellten Anspruch, eine nachhaltige Bevölkerungspolitik zu sichern und den Wiedereinstieg von jungen Müttern in den Beruf zu erleichtern, wird das Gesetz nicht gerecht. Die ressortübergreifende Aufgabe und Unterstützung, die in dem Gesetz festgeschrieben ist, muss erst noch erfolgen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Beratungsstellen ausreichend finanziert werden. Bei den Bildungsangeboten für Familien schlagen wir eine Erweiterung der Angebote um Gewaltprävention und Familienfinanzmanagement vor, da das Themen sind, die eine große Rolle spielen. Die Ergänzung der Schwerpunkte ist notwendig, da Kinder leider immer wieder auch im familiären Bereich von Gewalt betroffen sind. Kinder könn-

ten mit Bildungsangeboten zu diesem Schwerpunkt gestärkt und ermutigt werden, sich bei Gewalterfahrungen an geeignete Hilfeeinrichtungen zu wenden.

Immer mehr Familien rutschen in eine Schuldenfalle. Die Bewältigung dieser Probleme und das Erlernen des angemessenen Umgangs mit den der Familie zur Verfügung stehenden Mitteln sind daher zwingend geboten.

Auch sollten Kindertageseinrichtungen und Grundschulen Familienbildungsangebote unterbreiten können. In den Kindertageseinrichtungen und den Grundschulen können auch die Eltern erreicht werden, die bei Problemen in der Familie nicht in der Lage sind, von sich aus geeignete Hilfeangebote anzunehmen. Gerade in den Tageseinrichtungen für Kinder trifft man die Eltern oder ein Elternteil an, da die Kinder gebracht und abgeholt werden müssen. Die Erzieherinnen und Erzieher in den Einrichtungen haben den direktesten Zugang zu den Eltern, sind oft die ersten Ansprechpartner bei Problemen mit den Kindern und können die Eltern am ehesten auf Hilfsmöglichkeiten hinweisen.

Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen vorzuhalten, ist eine per Bundesgesetz festgelegte Aufgabe des Landes. Das Land bedient sich unterschiedlicher Leistungserbringer, die auf kostendeckende Zuweisungen angewiesen sind. Diese Zuweisungen sollen die Träger auch weiterhin erhalten.

Wir halten eine Familienfreundlichkeitsprüfung, wie sie bereits im Familienförderungsgesetz festgeschrieben ist, für alle gesetzgeberischen Verfahren, Verordnungen und Erlasse im Zuge einer familienfreundlichen Politik für äußerst sinnvoll.

Einbringung bzw. Unterstützung familienpolitischer Bundesratsinitiativen

- *Welche familienpolitischen Bundesratsinitiativen wollen Sie in der kommenden Legislaturperiode unterstützen, bzw. wollen Sie selbst auf den Weg bringen?*
- *Wie wollen Sie eine größere Steuergerechtigkeit für Familien erreichen?*
- *Wie kann es aus Ihrer Sicht zu einer Rentengerechtigkeit für Eltern kommen, die durch die Geburt und Erziehung von Kindern die umlagefinanzierte Rentenversicherung überhaupt erst ermöglichen?*
- *Können Sie sich ein „Wahlrecht von Geburt an“ vorstellen?*
- *Planen Sie andere Maßnahmen?*

Wir wollen uns über den Bundesrat für die Umwandlung des Ehegattensplittings in eine steuerliche Förderung von Familien mit Kindern einsetzen. Des Weiteren könnte ein Teil der finanziellen Leistungen für Familien in eine Finanzierung von familienbezogenen Dienstleistungen umgewidmet werden.

Bei allen Kosten, die Familien durch Kinder entstehen, muss konsequent auf eine angemessene soziale Staffelung geachtet werden. Landeszuschüsse für soziale und kulturelle Einrichtungen sollen unter dem Gesichtspunkt vergeben werden, dass bei den Mitglieder- bzw. Teilnehmerbeiträgen eine angemessene soziale Komponente eingebaut ist, um auch den Kindern aus Mehrkindfamilien oder schlechterem sozialen Verhältnissen Möglichkeiten der Teilhabe zu geben.

Bei der anstehenden Mehrwertsteuererhöhung müsste noch einmal geprüft werden, in wie weit notwendige Produkte für Kinder wie Babyerstaussattung, Windeln, Kleidung u. ä. mit einem niedrigeren Mehrwertsteuersatz versehen werden könnten, um die Familien mit Kindern nicht stärker zu belasten.

Die demografische Entwicklung hat Auswirkungen auf alle sozialen Sicherungssysteme. Aber speziell mit Blick auf die Rente haben es Familien besonders schwer. Da immer weniger Kinder geboren werden, müssen immer weniger arbeitende Menschen für immer mehr Rentnerinnen und Rentner aufkommen. Diejenigen, die Kinder erziehen sind überproportional belastet. Sie haben direkte Kosten für das Aufziehen der Kinder, verlieren durch die Erziehung und Betreuung von Kindern an Einkommen, haben schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt und schlechtere berufliche Entwicklungsmöglichkeiten und können somit auch schlechter für das Alter vorsorgen. Dies muss geändert werden, denn es ist nicht gerecht, dass diejenigen, die für den Fortbestand der Gesellschaft sorgen, dafür deutlich benachteiligt werden. Gerade im Rentensystem muss eine Familienkomponente stärker zum Tragen kommen, um die der gesamten Gesellschaft zugute kommende Erziehungsleistung angemessen zu berücksichtigen.

Statt eines „Wahlrechtes von Geburt an“, was nur eine Stellvertreterfunktion hätte, werden wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass perspektivisch das Grundgesetz um die Rechte von Kindern auf Bildung von Anfang an, auf Schutz und Integration in die Gesellschaft ergänzt wird.

Weiterentwicklung des Landesbündnisses für Familien

- *Welchen Stellenwert messen Sie dem Landesbündnis für Familien bei?*
- *Können Sie sich einen Austausch bzw. eine Verknüpfung mit lokalen bzw. kommunalen Bündnissen für Familien vorstellen?*
- *Können Sie sich vorstellen, dass sich aus der Arbeit des Landesbündnisses ein ständiger Beirat für Familien bei der Landesregierung entwickelt?*

Mit dem Landesbündnis für Familien schließen sich unterschiedliche Organisationen, Institutionen, Verbände, Unternehmen u. a. zu einem Bündnis zusammen, um die Schaffung von familienfreundlichen Strukturen stärker in den Mittelpunkt zu rücken. Wenn tatsächliche Verbesserungen für Familien erreicht werden sollen, sind diese Bündnisse geeignete Instrumentarien, da zum einen die Interessen von Familien direkt vertreten und zum anderen die Umsetzung mit verschiedenen Akteuren verabredet werden können. Dazu ist auch der Austausch zwischen den Bündnispartnern sowohl auf kommunaler als auf Landesebene notwendig.

In welcher Form aus den Bündnissen heraus sich ein Experten- und Beratergremium entwickelt, sei dahin gestellt. Wichtig ist vor allem, dass es ein festes Beratergremium für die Landesregierung gibt, das in die Entscheidungsfindung konstruktiv eingebunden wird.

Kinderrechte

- *Wie stehen sie zu der Verantwortung der Gemeinschaft für alle Kinder?*
- *Ist Partizipation von Kindern und Jugendlichen für Sie ein wesentliches Kriterium für Kinderfreundlichkeit und Umsetzung der UN Kinderrechte?*
- *Wie stehen Sie zur Teilhabe bei politischen Entscheidungen durch Kinder und Jugendliche? (Z.B. bei Planungsverfahren im Städtebau oder Straßenverkehr)?*
- *In welchem Maße werden Sie sich einsetzen, um die UN Kinderrechte allen Kindern und Familien zugänglich zu machen?*
- *Wie stehen Sie zu offenen Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit?*
- *Wie unterstützen Sie die Kinderbeauftragte des Landes bei der Information der Kinder und Familien über ihre Rechte und ihren Status?*

Kinder sind nicht nur für Eltern Quelle von Glück und Bereicherung, Sorge und Bindung, sondern auch für die Gesellschaft insgesamt ein hohes Gut, das es zu schützen und pflegen gilt. Da Kinder auch den Fortbestand der sozialen Sicherungssysteme absichern, sind sie für die Gesamtgesellschaft enorm wichtig. Und die Gesellschaft hat insgesamt die Aufgabe, die Eltern in die Lage zu versetzen, ihre im Grundgesetz verankerten Rechte und Pflichten wahrzunehmen.

Wir wollen die Rechte von Kindern in den Verfassungsrang heben und die Landesverfassung von Sachsen-Anhalt in den Artikeln 11 und 25 u die Rechte von Kindern auf Schutz, Integration, Mitwirkung und Bildung von Anfang an ergänzen.

Partizipation von Anfang an ist für uns ein wesentliches Kriterium für Kinderfreundlichkeit. Wir setzen uns aktiv – belegt auch durch verschiedene Aktionen in der Vergangenheit – für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention ein. Dazu bedarf es von Landesseite wieder verschiedener Aktionen wie Wettbewerbe, Touren durch Kinder- und Jugendeinrichtungen usw., um die Kinderrechtskonvention und deren Umsetzung wieder stärker ins Bewusstsein zu rücken.

Die Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen sind sehr unterschiedlich. In einigen Kommunen werden Kinder bereits gut eingebunden. Hier können über die Lokalen Bündnisse für Familie verstärkt Initiativen ins Leben gerufen werden. Mitwirkungsmöglichkeiten können auch in den Kitas, Schulen und Jugendeinrichtungen ausgebaut werden.

In der Jugendarbeit gilt es bedarfsgerechte Angebote in der Jugendarbeit zu erhalten und weiter zu entwickeln. Dabei ist vor allem auch eine enge Kooperation zwischen Jugendarbeit und Schule anzustreben. Wir werden die in der Vergangenheit sehr erfolgreichen Projekte zur Schulsozialarbeit fortführen.

Die Kinderbeauftragte des Landes wird zur Wahrnehmung der Kinderinteressen in Sachsen-Anhalt und der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention weiter über den Landeshaushalt finanziert werden. Sie soll mit allen relevanten Landes- und Kommunalbehörden sowie Verbänden, Trägern und Organisationen kooperieren.

Förderung von Familienbildung / Elternarbeit

- *Wie planen Sie, den begonnenen Weg der Familienförderung weiter zu gehen?*
- *In welchem Maße werden Sie den bedarfsgerechten Ausbau der Familienbildungsangebote vorantreiben? Wo werden Sie Schwerpunkte setzen?*
- *Wie stehen Sie zum Aufbau von Nachbarschaftszentren und Mehrgenerationenhäusern mit Angeboten der Elternarbeit und Familienbegegnung, gegebenenfalls unter Einbeziehung von Kindertagesstätten? Werden Sie das mit Investitionen unterstützen?*
- *Werden Sie sich für Stärkung des Themas „Familienbildung“ im Bereich der Aus-, Fort-, und Weiterbildung einsetzen?*

Parallel zu einer familienfördernden Politik brauchen wir eine Politik, die kein einziges Kind zurück lässt. Alle Kinder haben dasselbe Recht auf gute Betreuung, Bildung und Förderung, gleich welcher sozialen Herkunft. Zuallererst ist eine gute Familienförderung eine Förderung der Kinder. Investitionen in die frühkindliche Bildung und Betreuung sind im Kampf gegen Perspektivlosigkeit und Benachteiligung der richtige Schritt. Familien, die von Armut, Erwerbslosigkeit, Bildungsmangel und chronisch ungünstigen Lebensperspektiven betroffen sind und besonders alleinerziehende Mütter kleiner Kinder brauchen Hilfe zur Selbsthilfe in Form von umfassender Unterstützung schon vor der Geburt und Kinderbetreuung. Wir brauchen eine Kultur der öffentlichen Verantwortung für jedes Kind.

Wir werden die Kindertageseinrichtungen zu Kinder-Eltern-Zentren weiterentwickeln. Eine sehr sinnvolle Form der gegenseitigen Unterstützung und Hilfe sind diverse Formen des Zusammenlebens verschiedener Generationen. Das können sowohl informelle als auch institutionalisierte Zentren oder Generationenhäuser sein, die Servicedienste und Bildungsangebote unterbreiten können.

Wir wollen in die Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern investieren, einen Hochschulstudiengang „Frühkindliche Bildung und Erziehung“ aufbauen sowie Investitionen in Kitas und Schulen fördern.

Stärkung der Familienerholung

- *Wie stehen Sie zu einer Anhebung der Förderbeträge für Familien?*
- *Wie stehen Sie zu einer Anhebung der Förderung von Einrichtungen der Familienerholung, die dadurch noch stärker Angebote für Familien mit problematischem sozialen Hintergrund vorhalten könnten?*

Generell stehen wir dafür, dass diejenigen, die mit Kindern leben, nicht schlechter gestellt werden dürfen, als diejenigen, die keine Aufwendungen für die nachfolgende Generation tragen. Familien müssen von Kosten, die sie aufgrund der Erziehung ihrer Kinder haben, entlastet werden. Es kann nicht sein, dass sie die finanziellen Aufwendungen allein tragen, den "Nutzen" davon aber alle haben.

Wir sind dafür, dass Maßnahmen der Familienerholung an Bildungsaspekte geknüpft werden und auch weiterhin gefördert werden, um Menschen aus sozial schwachen Familien zu unterstützen und Hilfestellungen bieten zu können.